

# Dresdner Nachrichten

Gegründet 1856

Verlagsdruck: Neudruck Dresden.  
Verlagsnummer: 25 241.  
Nur für Nachzügler: 20 071.

Bezugs-Gebühr vom 1. bis 15. Sept. 1923 von 100. 2 monatlicher Zustellung 100 Mark. Postgebühren für Monat September 3 Mark. Einzelnummer 18 Pfennig.  
Die Anzeigen werden nach Maßstab berechnet: die einseitige 10 mm breite Zeile 30 Pf., die zweiseitige 35 Pf., Familienanzeigen und Stellenanzeigen ohne Rabatt 10 Pf., außerhalb 20 Pf., die 90 mm breite Reklamazeile 150 Pf., außerhalb 200 Pf., Offertenblätter 10 Pf. Wenn Klutror gegen Vorauszahlung.

Schriftleitung und Hauptgeschäftsstelle: Marienstr. 38/40.  
Druck u. Verlag von Leopold & Reichert in Dresden.  
Postfach-Nr. 1068 Dresden.

Nachdruck nur mit deutlicher Quellenangabe „Dresdner Nachr.“ zulässig. Unsererkannter Gebrauch wird nach dem Gesetz über Straftaten gegen das Urheberrecht verfolgt.

## Der große Angriff gegen Abd el Krim.

### Der französische Versuch zur Entlastung der spanischen Front bei Tetuan.

Grabski über die polnische Wirtschaftskrise als Folge des Zollkriegs mit Deutschland. — Der Schiedspruch für die Eisenbahner.

#### Erfolge der Marokkaner bei Tetuan.

Paris, 11. Sept. Von allen Fronten in Marokko werden schwere Artilleriekämpfe gemeldet. Auf dem 40 Kilometer breiten Frontabschnitt zwischen Tetuan und Esker gingen die Franzosen nach hunderttägiger Artillerievorbereitung zum Angriff über. Nach französischen Meldungen konnte die erste Stellung mühelos geklärt werden. Französische Flugzeuggeschwader griffen gestern vor allem die wichtigsten Verschiebepunkte hinter der Front an und zerstörten große Proviant- und Wassenlager. Im Laufe des gestrigen Nachmittags setzte der Angriff auch auf anderen Frontteilen ein.

Im ganzen sind 85 französische Bataillone in vorderster Linie eingesetzt. 14 befinden sich in Reserve. Nach Angabe der französischen Oberleitung befinden sich gegenwärtig etwa 200 000 Mann an der Marokkofront. Alle höheren Gruppenhöhen sind bis an die Front herangezogen worden, um in möglichst enger Verbindung mit den Kampftruppen zu sein. Zuverlässige Schätzungen geben die militärischen Streitkräfte Abd el Krims mit 40 000 Soldaten an. Das französische Oberkommando glaubt, daß durch diese Angriffe Abd el Krim gezwungen werde, seine Offensive gegen Tetuan einzustellen.

Die Lage bei Tetuan wird von der spanischen Oberleitung für sehr ernst gehalten, besonders da Abd el Krim auch gestern an dieser Stelle große Vorteile errungen hat und teilsweise im Besitz der strategisch sehr wichtigen Höhenzüge nördlich und östlich von Tetuan ist. Man glaubt, daß Abd el Krim auch weiter versuchen wird, Tetuan in seinen Besitz zu bringen. Während des gestrigen Tages wurde die Stadt ununterbrochen von der Artillerie unter Feuer gehalten. Die Spanier haben alle verfügbaren Flugzeuge bei Tetuan zusammengezogen. Auch von der Front bei Melilla und Alhucemas sind größere Truppenmengen nach Tetuan gezogen worden. Der Erfolg Abd el Krims bei Tetuan soll hauptsächlich darauf zurückzuführen sein, daß die Spanier hier ihre besten Kampftruppen weggezogen hatten, um sie bei Alhucemas zu verwenden.

Die jungen spanischen Truppen, die jetzt bei Tetuan kämpfen, seien nicht an den Marokkokrieg gewöhnt und verlagten vollständig.

Nach einer amtlichen spanischen Erklärung ist die 5000 Mann starke Kolonne des Generals Perez nicht wie ursprünglich beabsichtigt zur Verstärkung der auf Abd el Krim marschierenden Truppen bei Alhucemas gelandet worden, sondern jetzt zur Verstärkung nach Tetuan geschickt worden. Der Vormarsch der 15 000 Mann starken Kolonne auf Abd el Krim ist gestern eingeleitet worden, da der Vormarsch wegen Mangels an Nachschub und besonders wegen Verpflegungsschwierigkeiten zunächst andurchführbar erschien. Auch mit Rücksicht auf die schwierige Lage bei Tetuan soll sich der an die Alhucemasfront kommandierte General Caro entschlossen haben, zunächst nicht weiter vorzurücken. Das unglückliche Wetter an der Küste von Alhucemas hat gestern angehalten, so daß keine Verpflegung und keine Munition gelandet werden konnte. Die Hauptaufgabe des Angriffs bei Alhucemas und des Vormarsches auf Abd el Krim ist keineswegs erzielt worden, denn Abd el Krim hat bisher zum Schutze seiner Hauptstadt seine Truppen von der Front bei Tetuan weggezogen. Die Operation hat damit für die bei Tetuan schwer bedrängten Spanier keine Erleichterung gebracht. (Z. U.)

#### Die Belagerung der Zitadelle von Sueda.

Paris, 11. Sept. Der Berichterstatter der „Chicago-Tribune“ in Esra berichtet seinem Blatte, daß der Druzenvolkstamm aus seiner Landeshauptstadt Sueda abgezogen sei, obwohl die Stadt Sueda nunmehr von der Zivilbevölkerung geräumt sei, besetzten die Krieger der Druzen die aus Stein gebaute Hauptstadt als Stützpunkt für ihre Angriffe gegen die Zitadelle von Sueda, in der sich noch die 700 Franzosen befinden, die seit 50 Tagen belagert werden. (W. T. B.)

#### Vorrücken der Franzosen gegen Damaskus.

London, 11. Sept. Wie der „Times“-Berichterstatter meldet, ist der Hauptteil der französischen Truppen 2 1/2 Meilen von Damaskus entfernt, bei Mesr el Mezze, zusammengezogen worden, wo eine feste Stellung zum Schutze von Damaskus errichtet wird. Auch in Rakaf, wo die Bahn nach Aleppo, Damaskus und Beirut abzweigt, werden Truppen zusammengezogen. (W. T. B.)

#### Die Gefahr des deutschen Zollkriegs für Polen.

Grabski rät zu einer Verständigung.

Warschau, 11. September. Ministerpräsident Grabski gab im Sejm eine Erklärung über die Wirtschaftslage ab, in der er die Wirtschaftskrise hauptsächlich auf den Zollkrieg mit Deutschland zurückführt. Der Sturz des Sejm, so führte er aus, sei nicht zuletzt auf die wirtschaftlichen Differenzen mit Deutschland zurückzuführen. Beide Parteien hätten unter dem Zollkrieg gelitten, jedoch müsse zugesehen werden, daß Polen die größeren Verluste erlitten habe. Der Zollkrieg habe sehr stark und sehr schnell die polnische Wirtschaft unglücklich beeinflusst während er in Deutschland nicht die gleiche Lage wie in Polen hervorgerufen habe. In Deutschland ist die Auswirkung langsam und schmerzlicher.

Es müßte daher der Weg zu einer Verständigung mit Deutschland gefunden werden.

Die polnische Handelsvertretung, die sich am Montag zu neuen Verhandlungen nach Berlin begab, habe den Wunsch, mit Deutschland möglichst schnell zu einem Verabreich zu kommen. Zum Schluß betonte der Ministerpräsident, daß neben dem Zollkrieg auch die Zuhaltung im Bande einen großen Teil der Schuld an der gegenwärtigen Wirtschaftskrise tragen.

#### Danzigs Protest in der Briefkastenangelegenheit.

Danzig, 11. Sept. Auf eine Anfrage des deutschnationalen Abg. Wegmann über den Danzig-polnischen Postkonflikt, erklärte Vizepräsident Gohl in der gestrigen Volksstagsitzung im Namen des Senats etwa folgendes: Der Senat ist nach eingehender Prüfung des Gutachtens des Sachverständigenausschusses, das die Grenzen des Danziger Hafens festlegt, zu der Überzeugung gelangt, daß dessen Inhalt mit den bestehenden Verträgen, wie auch mit dem vom hiesigen Gerichtshof im Haag erlassenen Gutachten im offenen Widerspruch steht. Die Regierung hat daher beim Rat des Völkerbundes eine einmündig begründete Protestnote gegen das Gutachten des Sachverständigenausschusses eingereicht, die der Presse mitgeteilt wurde. Wir geben der bestimmten Überzeugung Ausdruck, daß die Stellungnahme des Senats von der gesamten Bevölkerung geteilt wird, und daß diese Stimmung der Bevölkerung, die über die Vorschläge des Sachverständigenausschusses außerordentlich erregt ist, einen inhärenten Widerstand im Volkslage finden wird. (W. T. B.)

#### Grenzverletzung französischer Truppen.

Karlruhe, 11. Sept. Französische Truppen der 15. französischen Garnison Weiskirchen haben die deutsche Grenze bei Weiskirchen überschritten und in dem zum Bezirksamt Bergzabern gehörigen Gemeinden Oberotterbach, Nechtenbach und Schweigen Felddienleistungen abgehalten, und dabei große Plundersachen angeklagt. Die Berggemeinden haben sich an die Regierung gewandt und erwarten von dort Schritte, daß in Zukunft derartige Grenzverletzungen unterbunden werden.

#### Verstärkte Besetzung in Gushirichen.

Euskirchen, 10. September. Aus Anlaß der demnächst hier stattfindenden französischen Manöver ist Euskirchen mit etwa 400 Mann neuer Besetzung belegt worden, wofür u. a. zwei Turnhallen und ein Langsaal beschlagnahmt wurden. Für weitere Besetzungen kommen die Ortschaften in Frage, die östlich der Landstraße Dauten-Wemünd-Schleiden-Dahlen und der Stadt Kull liegen. Dem Vernehmen nach wird bei Tondorf (Wanfenheim) ein 180 Morgen großer Flugplatz eingerichtet. (W. T. B.)

Rohlsz, 11. Sept. Die Rheinlandkommission hat die Zeitung „Der Jungdeutsche“ für das besetzte Gebiet verboten. (Z. U.)

#### De Monzie über seine Reise nach Berlin.

Kopenhagen, 11. Sept. Am Sonntag reist der französische Unterrichtsminister de Monzie nach Berlin. Ueber diese Reise hat er sich einem Mitarbeiter des dänischen Regierungsorgans „Sozialdemokraten“, gegenüber folgendermaßen geäußert: Ich bin der erste französische Minister, der nach dem Krieg die deutsche Hauptstadt besucht. Daß sich dies machen läßt, ist ein gutes Zeichen für die neue Atmosphäre, die durch die französische Außenpolitik der letzten Zeit geschaffen ist. Der gute Wille ist zurückgekehrt und die kulturelle Zusammenarbeit fängt an. Neulich war der Präsident des deutschen Reichstages Löbe anlässlich einer Friedensdemonstration in Paris und nahm bei dieser Gelegenheit das Frühstück bei mir ein. Wäre das vor zwei Jahren möglich gewesen? Sie sehen, wir befinden uns auf dem Wege zum Frieden, nicht nur in Worten, sondern auch in der Tat.

de Monzies Optimismus wird merkwürdig illustriert durch die obige Meldung der Grenzverletzung bei Weiskirchen. Daß eine wirkliche deutsch-französische Annäherung nicht stattfinden kann, dafür sorgen solche Übergriffe, die sich die Franzosen heute genau noch so wie vor zwei Jahren erlauben.

## Deutschlands Einladung zur Ministerkonferenz.

#### Die Beistätigung durch Chamberlain.

Genf, 11. Sept. Wie von der englischen Delegation dem Vertreter der Telegraphenunion bekannt ist, ist die Note Briand und Chamberlains bereits nach Berlin abgegangen. In dieser Note ist die Anfrage an die Reichsregierung gerichtet, wann sie bereit sei, an einer Ministerkonferenz teilzunehmen. Die Antwort auf diese Note wird im Laufe der nächsten Woche in Genf erwartet.

Chamberlain erklärte heute vormittag vor der Presse, daß er mit der Assnna des von Briand entworfenen Briefes einverstanden sei. Die Einladung enthalte keinen Vorschlag weder hinsichtlich des Ortes, noch hinsichtlich des Zeitpunktes der Ministerbesprechungen. Die Frage, ob der Brief bereits abgeganen sei, könne nur Briand selbst beantworten. Die Klärung des Abkommens werde sofort erfolgen, wenn die in der letzten Entwurfsnotiz der Alliierten angedeuteten Bedingungen von Deutschland erfüllt sein werden. Die Nachricht der französischen Presse, wonach zwischen Frankreich und England eine Vereinbarung über die Definition des Anreizers erfolgt sei, wurde von Chamberlain dementiert.

Weiter sagte Chamberlain, auf verschiedene Fragen, über die Haltung Italiens könne er keine Auskunft geben, ebenso wenig über die Möglichkeit der Teilnahme von Venedig und Straßburg an den bevorstehenden Besprechungen. Die englische Regierung habe keinen Einfluß auf die Entscheidung der Dominions. Bezüglich der Haltung Englands gegenüber Deutschland verweise der englische Außenminister auf seine und des englischen Premierministers Reden vor dem Parlament in den letzten Monaten. (W. T. B.)

#### Die Einladung noch nicht in Berlin.

Berlin, 11. Sept. Gegenüber den wiederholten Meldungen der in- und ausländischen Presse über eine angeblich erfolgte Einladung der deutschen Regierung zur Sicherheitskonferenz, erfahren wir auf Anfrage an zuständiger Stelle, daß bisher keine Einladung bei der deutschen Reichsregierung eingeangen ist.

Wachsend von der bekannten mündlichen Äußerung der Vorkonferenz, die de Wargen bei Ueberreichung der französischen Memoranden am 24. August d. J. abgegeben hat. Ebenso wenig liegt es dem in der Presse gemeldeten Vorkommen der Alliierten hinsichtlich der Gestaltung der Sicherheitsverhandlungen an zuständiger Stelle eine amtliche oder halbamtliche Behauptung vor. Daraus ergibt sich, daß auch keine deutschen Abänderungsvorschläge an den internationalen Konferenzen erfolgen konnten. (W. T. B.)

#### Mussolinis Zusage zur Ministerkonferenz?

Genf, 10. Sept. Der erste italienische Delegierte Scialoja, der an Mussolinis die Anfrage im Auftrage Chamberlains und Briands richtete, ob Mussolini bereit sei, an

einer Ministerkonferenz mit Dr. Stresemann teilzunehmen, hat gestern eine Antwort Mussolinis erhalten. Die verlautet, soll die Antwort bejahend gewesen sein.

#### Chamberlain lehnt die Teilnahme Polens und der Tschechi ab.

Genf, 11. Sept. Nachdem die Delegierten Polens und der Tschechoslowakei unter sich verhandelt haben und einig geworden sind, unbedeutend die Teilnahme an der Ministerkonferenz zu fordern, unternehmen sie einen Schritt, um diesem Wunsch Chamberlains vorzutragen. Der britische Außenminister empfing Dr. Benesch und Stranicki getrennt. Er erklärte ihnen, es würde eine unerträgliche Belastung der an sich schon schwierigen Verhandlungen mit Deutschland bedeuten, sollte er diesem Verlangen nachkommen. Chamberlain verweigerte die beiden Außenminister auf besondere Verhandlungen, an denen Deutschland schon sein grundlegendes Einverständnis gegeben habe.

Warschauer Meldungen zufolge hat Stranicki von England die Rückversicherung erhalten, daß Polen an allen Beratungen teilnehmen werde, die die Verständigung mit Deutschland betreffen.

#### Die Völkerbundsitzung am Freitag.

Wotta über die Weiterentwicklung des Völkerbundes. (Durch Funkgespräch.)

Genf, 11. Sept. In der heutigen Vormittagsitzung des Völkerbundes wies der schweizerische Bundesrat Wotta darauf hin, daß man lange Zeit im Völkerbund nur einen Bund der Siegerstaaten gesehen habe. Tatsächlich habe der Völkerbund aber bereits einen gewaltigen Weg an dem Ziele der allgemeinen Verständigung zurückgelegt. Die Aufgabe des Völkerbundes bestehe im Ausbau der künftigen Beziehungen der Völker. Das das Genfer Protokoll betreffe, so habe die Völkerbundsversammlung sich im vorigen Jahr darauf beschränkt, daß das Protokoll den Regierungen mit der Empfehlung zugestimmt werde, es den ernstesten Erwägungen zu unterziehen.

Zur Frage der Schiedsgerichtsverträge erklärte Wotta, daß diese Schiedsverträge selbst ohne materielle Sanktionen, aber garantiert durch moralische Sanktionen, für den Frieden von unerschütterlichem Werte sind. Mit dem gegenwärtig zur Verhandlung stehenden Sicherheitspakt zwischen Deutschland und seinen ehemaligen Feinden werde ein bemerkenswerter Versuch zur Einführung schiedsgerichtlicher Entscheidungen gemacht. Wotta erinnerte an die Tatsache, daß die Schweiz in den letzten Tagen eine Reihe von Schiedsverträgen abgeschlossen habe. Wenn allgemein zwischen den Nachbarstaaten analoge Verträge abgeschlossen würden, so würde sich bald ein ganzes Netz von Schiedsgerichtsverträgen über Europa spannen und einmündig des obligatorischen Schiedsvertrags zum Triumph führen.